

Grüne Braune

Sind Ökologie und Umweltschutz automatisch links? Über die Aspekte rechter Ökologie und darüber wie neurechte Ideolog*innen den umweltpolitischen Diskurs aufgreifen, um ihre menschenfeindliche Agenda zu legitimieren. Von Peter Bierl.

Allen Bekenntnissen der bürgerlichen Gesellschaft und Wahlerfolgen der Grünen zum Trotz schreitet die Umweltzerstörung voran: Artenschwund, Bodenerosion, Vergiftung von Luft, Wasser und Boden, die Verschmutzung der Meere und die Ausbreitung von Wüsten. Der Klimawandel wird zu einer „Heißzeit“ führen, einem Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur von vier bis fünf Grad, warnen Wissenschaftler*innen aus aller Welt. Das gesamte Erdsystem könnte aus dem Gleichgewicht geraten, sagt Hans Joachim Schellnhuber, Direktor des Potsdamer *Instituts für Klimafolgenforschung*. Es geht nach Ansicht des Physikers um nichts Geringeres als um den „Weiterbestand unserer Zivilisation“.

Teile der Erde werden unbewohnbar, der Meeresspiegel wird ansteigen, um zehn bis 60 Meter. Schon heute steht fest, dass Inselstaaten evakuiert, die Hälfte von Bangladesch und Millionenstädte wie Lagos in Nigeria im Meer versinken werden.

Die ökologischen Zerstörungen verschärfen die sozialen Widersprüche, sie bedeuten für Millionen von Menschen Elend und Vertreibung, Krankheit und vorzeitigen Tod. Sie gefährden die Biosphäre des Planeten und damit das einzige Habitat, das uns zur Verfügung steht. Deshalb hat die ökologische Frage eine enorme Bedeutung.

Es wäre verfehlt, eine Apokalypse als unvermeidlich anzusehen oder einem ökologisch bedingten Zusam-

menbruch des Kapitalismus das Wort reden. Denn es ist nicht ausgeschlossen, dass Staat und Kapital die ökologische Herausforderung der Gegenwart in irgendeiner Form meistern, zumal dafür auch ökofaschistische Lösungen in Betracht kämen. Das Resultat könnte eine neue Barbarei sein, ein weltweites System der Apartheid aus abgeschotteten Festungen der Wohlhabenden inmitten von Elendszonen. Spätestens wenn der Klimawandel und seine Folgen außer Kontrolle geraten, besteht die Gefahr von Diktaturen sowie einer Ausgrenzungs- und Vernichtungspolitik, die sich durch pseudoökologische Argumente legitimieren könnten.

Dafür leisten rechte, esoterische und ökofaschistische Gruppen ideologische Vorarbeit. Insofern dürfen wir uns nicht durch die antiökologische Haltung der *AfD* täuschen lassen. Dabei muss es nicht bleiben. Nachdem die ökologische Frage wieder in den Vordergrund rückt, werden die Rechten in diesem Bereich aktiver werden. Sie haben den Vorteil, dass sie auf Fakten schießen und wirre bis menschenverachtende Vorstellungen beliebig kombinieren können.

Autoritäre neurechte Ökologie

Meine Prognose lautet, dass neofaschistische Parteien und Bewegungen angesichts der Umweltzerstörung eine Doppelstrategie verfolgen werden. Einerseits werden sie die Interessen des Kapitals sowie die relativ privilegierte Lebensweise und das gewohnte

Konsummodell für Ober- und Mittelschicht schützen, andererseits aber Lippenbekenntnisse zum Umweltschutz ablegen, kombiniert mit autoritären und repressiven Maßnahmen, insbesondere gegen die Menschen im globalen Süden. Besonders dafür geeignet sind rassistische Diskurse, wie die Überbevölkerungslegende. Die Festung Europa, eine Diktatur, Rohstoffkriege, Antisemitismus und Rassismus und Massenmorde lassen sich ziemlich gut ökofaschistisch begründen.

Einige Ideolog*innen der sogenannten Neuen Rechten haben das Thema Ökologie auf dem Schirm, und selbst in der *AfD* existiert ein kleines Ökoflügelchen. Sie können Überzeugungstäter*innen sein oder zur Umweltfrage ein instrumentelles Verhältnis haben, gefährlich sind sie allemal. Zumal es ideologische Schnittmengen mit dem liberalen und linken Spektrum, mit Umweltbewegung und Globalisierungskritiker*innen gibt.

Ernst zu nehmen sind die Ambitionen völkischer Ideolog*innen jene Deutungshoheit in Umweltfragen wieder zu erringen, die ihre Vorläufer in den 1970er-Jahre verloren haben. Das passt zu ihrer allgemeinen „metapolitischen“ Strategie, gesellschaftliche Diskussionen zu beeinflussen und zu prägen, Hegemonie zu gewinnen und eine vermeintliche Deutungshoheit der 68er-Linken zu brechen. Deshalb teilen die Ideolog*innen der Neuen Rechten nicht die Ignoranz der Dumpfbacken von *Pegida* oder des *AfD*-Fußvolkes oder den Ansatz der neoliberalen und rechtslibertären Strömungen der Rechten in Bezug auf die Umweltfrage. Zwar haben die neofaschistischen Vordenker*innen keine Lösungen anzubieten, aber sie wollen die Umweltfrage nutzen, um antisemitische und rassistische Vorstellungen zu verbreiten und Anhänger*innen zu gewinnen.

Eine „neue rechtsökologische Radikalität“

Schon auf der ersten Sommerakademie im August 2000 hatte das neurechte *Institut für Staatspolitik (IfS)* einen Beitrag im Programm, der sich auch mit der ökologischen Krise befasste. Markant ist das „Ökomanifest von rechts“, ein Text, den Philip Stein im September 2014 in der Zeitschrift *Sezession* publizierte. Stein, Jahrgang 1991, ist Inhaber des Jungeuropa-Verlages, Pressesprecher der Deutschen Burschenschaften und Vorstand des Vereins „*Ein Prozent für unser Land*“, einer Art Crowdfunding-Projekt.

In dem Manifest schreibt Stein: „Von den vielen Deutungsschlachten, die von der deutschen Rechten in den letzten Jahrzehnten verloren wurden, wiegt der vorherrschende Alleinanspruch des linken Milieus auf Themen und Begriffe wie Umwelt, Natur und Ökologie nachträglich wohlmöglich am schwersten, und tritt gleichzeitig so erdrückend zu Tage.“ Das Resultat sei, dass die grüne Bewegung von der gleichnamigen Partei sowie zahlreichen Vereinen, Initiativen und NGOs dominiert werde, die Umwelt und Natur in „linkes Hoheitsgebiet verlagert haben“. Damit einher gehe ein gesellschaftlicher Konsens, wonach „die Natur immer links stehe“.

Stein will diese Situation ändern und plädiert für eine „neue rechtsökologische Radikalität“, man müsse die Grünen an Radikalität überholen. Statt sie als

Esoterischer Quark liefert den Kitt

Spaßbremsen und Verbotspartei zu schmähen, setzt er einen drauf: Die Forderung nach einem starken Staat (mit Verweis auf den Nazi-Kronjuristen Carl Schmitt), letztlich der Ökodiktatur. Außerdem plädierte Stein für eine Befreiung vom „Wachstumswang“, er fordert eine schrumpfende Wirtschaft und greift damit Gedanken der sogenannten Degrowth-Bewegung auf.

„Zurück zum Ursprung“

In seinem Ökomanifest plädierte Philipp Stein für ein „zurück zum Ursprung“, geistig, kulturell, wirtschaftlich und vor allem seelisch. Dabei greifen die Ideolog*innen der Neuen Rechten auf die Heimatschutzbewegung und deren Vordenker*innen zurück, einer der ersten grün-braunen Bewegungen im Kaiserreich, die völkisch-antisemitischen Nationalismus mit kulturpessimistischen Deutungen und einer antimodernistischen Orientierung am Ideal einer agrarisch-handwerklich ständischen Gesellschaft verband.

Bemerkenswert ist, dass die Positionen der rechtsökologischen Vordenker*innen und der Klimawandel-leugner*innen gar nicht so weit auseinanderliegen, wobei esoterischer Quark den Kitt liefert. So behauptet Reinhard Falter, die Vorstellung, es könne einen



Der Apfel fällt nicht weit vom Stamm und wird schnell braun
Wenn Rechtsextreme sich für etwas interessieren, weiß man am Anfang schon, was am Ende dabei herauskommen wird. Menschenfeindliche Ideologie lässt sich auch in ökologischen Thesen verpacken

menschengemachten Klimawandel geben, sei nur ein Symptom menschlicher Hybris, dabei handele es sich um einen „Selbstheilungsprozess von Gaia“.

Reinhard Falter ist ein ehemaliger Grünen-Funktionär aus München, der in anthroposophischen Blättern publizierte. Inzwischen ist er beim IfS aufgetreten und hat der Zeitschrift *Umwelt & Aktiv* aus dem NPD-Umfeld ein Interview gegeben, in dem er die Heimatschützer um 1900 lobt, die noch ein intuitives Wissen besessen hätten, frei vom technischen Denken

Der Begriff Heimat roch nach Mief und Muff, nach röhrendem Hirsch und Kitsch

der modernen Umweltbewegung.

Heimat und Identität

Man muss der Neuen Rechten zubilligen: Wo sie recht hat, hat sie recht. So schreibt Stein im Ökomanifest, Themen und Begriffe, die „von der politischen Linken seit '68 als Vehikel für marxistische Gesellschaftsideen genutzt werden“, seien „durch ihre unbedingte und unabdingbare Verbindung mit dem Wert der Heimat, ja auch dem biologisch-völkischen Erbe, ursprünglich und genuin rechts zu verorten“. In der Zeitschrift *Compact*, die verschwörungsideologischem Geraune zum Klimawandel ein Forum bietet, greift Rüdiger Lenhoff auf Friedrich Nietzsche und die deutschvölkischen Romantiker des frühen 19. Jahrhunderts zurück, die „Geist und Seele des Volkstums wiederentdeckten und damit ein neues Heimat- und Nationalgefühl“ stifteten.

Tatsächlich war Heimat zunächst ein juristischer Begriff. Das Heimatrecht besagte, dass die Armen von der Dorfgemeinschaft unterstützt werden mussten, es schloss aber Fremde in Not rigoros aus, Dörfer wehrten sich gegen Zuwanderung. Seit der Romantik wurde der Begriff emotional aufgeladen. Aus der Heimatliebe sollte die Liebe zum großen Ganzen, zu Volk und Nation erwachsen, die vermeintlich Fremden, die „Welschen“ und Jüdinnen und Juden, waren ausgeschlossen. Die Heimatschutzbewegung schloss direkt an diese Perspektive an. Nach dem Zweiten Weltkrieg dienten Heimatroman und Heimatfilm der Verdrängung der NS-Verbrechen, während sich alte Kameraden als Heimatvertriebene ausgaben, um

revanchistische Ziele zu verfolgen.

Eine Zeitlang war der Begriff Heimat unter aufgeklärteren Zeitgenossen deshalb diskreditiert, er roch nach Mief und Muff, nach röhrendem Hirsch und Kitsch, bis sich die alternative Linke der 1970er-Jahre als Pionierin betätigte. Am Anfang stand die Begeisterung über den Regionalismus, der als Form des Widerstands und einer nicht entfremdeten, herrschaftsfreien, basisdemokratischen Identität entdeckt wurde.

Im Rückblick muss diese Begeisterung als Zwischentappe betrachtet werden, weil der Heimatbegriff noch tabu war. Bald aber hieß es, der Heimatbegriff könne emanzipatorisch besetzt und den Konservativen und Rechten entwendet werden –

oder aber, die Nazis hätten den Heimatbegriff bloß missbraucht. Vor diesem Hintergrund mühen sich Teile der Linkspartei wie der Grünen als bessere Heimatpartei aufzutreten. Nach der Bundestagswahl starteten die Grünen im Herbst 2017 eine patriotische Kampagne: „Wir lieben dieses Land. Das ist unsere Heimat. Diese Heimat spaltet man nicht. Für diese Heimat werden wir kämpfen“, erklärte Grünen-Parteichefin Karin Göring-Eckhardt.

Ökologischer Antisemitismus und deutscher Wald

Was den Antisemitismus betrifft, kann die Neue Rechte auf die Vorarbeit einiger Ökolog*innen, Friedensfreund*innen, Biozentrist*innen und Tierrechtler*innen aus den 1980er-Jahren zurückgreifen, die Umweltzerstörung und Tierquälerei auf das antike Judentum zurückführten, weil dieses eine rein instrumentelle Sichtweise auf die Umwelt begründet habe. Die Held*innen der Ökopax-Bewegung recycelten damit einen Vorwurf der Völkischen aus dem Kaiserreich, wonach Jüdinnen und Juden als Wüstenvolk keinen Bezug zur Natur hätten. In der NS-Propaganda spielte dieser Vorwurf eine wichtige Rolle.

Heute findet sich dieser Aspekt bei der Neuen Rechten wieder. Nach Ansicht von Reinhard Falter gehört eine „religiös bedingte Naturfeindschaft“ zur kulturellen „Tradition des Judentums“. Der „Kampf des Wüstengottes gegen die Göttlichkeit der Naturmächte“ wirke bis heute fort. In seiner Schrift zur Postwachstumsdebatte schiebt Alain de Benoist die Schuld an der Umweltzerstörung ebenfalls einem jüdisch-christlichen Monotheismus in die Schuhe. Dieser habe den

Menschen von den kosmischen und natürlichen Zusammenhängen gelöst. Die jüdisch-christliche Religion habe die naturverbundeneren polytheistischen und heidnischen Religionen verdrängt. Benoist zitiert den französischen Philosophen Michel Serres mit den Worten, er hasse „den Monotheismus für diesen Holocaust der Gottheiten“.

Im Gegensatz dazu gelten die Deutschen als Waldvolk. Schon während der napoleonischen Kriege entdeckten Dichter und Denkerinnen den Wald als Symbol deutschen Wesens, insbesondere deutscher Gemüts-tiefe und Naturverbundenheit, in Abgrenzung zu Frankreich. Der Publizist Wilhelm Heinrich Riehl, der als Begründer des Heimatschutzes gilt, konstruierte Mitte des 19. Jahrhunderts einen Zusammenhang zwischen Nationalcharakter und Umwelt. Demnach seien Engländer*innen und Französ*innen als urbane Nationen kulturlos geworden. Ihre Landschaften bestünden nur noch aus gezähmten Parks und gerodeten Feldern. Dagegen setzte Riehl eine „deutsche Waldfreiheit“, den wildnishaften Wald als Sinnbild für die „Kraft des natürlichen, rohen Volkstums“. Nationalist*innen behaupteten einen „blutsmäßigen Zusammenhang“ von Volk und Wald und attackierten die „Fremdstämmigen“ als Wald- und Volksfeind*innen.

Die Neue Rechte knüpft an diese Vorstellungen unmittelbar an. Der Versand *Phalanx Europa*, gegründet von den Identitären-Chefs Martin Sellner und Philipp Lennart aus Österreich, setzt den Gedanken visuell um, in Grafiken, in denen ein Baum und seine Wurzeln zu sehen sind, mit dem Titel „Heimat, Freiheit, Tradition“ und dem Slogan „Bäume haben Wurzeln – Menschen auch“. Darin schwingt auch die völkische Aversion gegen die Stadt mit. Björn Höcke zitierte diesen Gestus, als er sich im vergangenen Jahr von einer Spiegel-Reporterin für eine Homestory nur unter der Bedingung interviewen ließ, dass das Gespräch im Wald stattfindet.

Die Lizenz zum Kinderkriegen

Jenseits „metapolitischer“ Aktivitäten fände im Bereich der Agitation und Realpolitik vermutlich die Legende von der Überbevölkerung die größte Resonanz. In der Schweiz möchte eine Gruppe namens *Ecopop (Ecology and Population)* auf der Grundlage einer Tragfähigkeit die Bevölkerungszahl fixieren. *Ecopop* gehört der *European Population Alliance* an, die solche Ziele im Namen des Umweltschutzes vertritt. Auf internationaler Ebene gibt es die *Foundation for Deep Ecology*, die immer wieder Kampagnen zur

Bevölkerungskontrolle lanciert.

In einem Sammelband aus den USA riefen Tiefen-ökolog*innen und Biozentrist*innen, darunter Dave Foreman, der Gründer von *Earth First*, und Paul Watson, der Gründer von *Greenpeace*, dazu auf, den Ökomalthusianismus wieder stark zu machen. Sie fordern eine drastische Schrumpfung der Weltbevölkerung schon in diesem Jahrhundert und sprechen Frauen die Selbstbestimmung ab. Foreman und Watson wollen eine Lizenz zum Kinderkriegen einführen und bestreiten Eltern ein Recht auf Kinder, zumindest bis die Zahl der Menschen stark gesunken ist. Außerdem fordern die Autor*innen des Buches einen Einwanderungsstopp. Kritiker*innen beschimpft Foreman als linke Gestapo.

In der *Sezession* erschien 2015 eine mehrteilige Artikelserie von Felix Menzel zum Thema Wachstumskritik, in der prominent die vermeintliche Überbevölkerung abgehandelt und ein Einwanderungsstopp gegen die vermeintliche „Bevölkerungsexplosion“ gefordert wurde. Björn Höcke ließ sich im November 2015 über vermeintlich unterschiedliche Reproduktionsstrategien von Afrikaner*innen und Europäer*innen aus. Er folgerte daraus, dass Deutschland die Grenzen schließen müsse, um die Afrikaner*innen zu einer „ökologisch nachhaltigen Bevölkerungspolitik“ zu bewegen. Denn dort gebe es zu viele Menschen. Ähnliche Argumente finden sich bei *NPD* und *FPÖ*.

Dieser Malthusianismus ist gefährlich, weil er als gemeinsamer Nenner zwischen Faschist*innen, Liberalen und sogar Teilen der Linken dienen kann. Die Vorstellung, es gebe zu viele Menschen und diese seien die Hauptursache ökologischer Zerstörungen, hat enormes Potential bis weit in die Mitte der Gesellschaft. Mit Verweis auf eine vermeintliche Überbevölkerung, gar eine „Bevölkerungsexplosion“, lassen sich Grenzen aus ökologischen Gründen schließen und Geflüchtet abweisen. Wobei die „zu Vielen“ immer die anderen sind. Kein Fan der Überbevölkerungslegende hat je den Rat von Erich Mühsam beherzigt, sich konsequent selbst zu entleiben. Darum lässt sich Malthusianismus immer rassistisch beziehungsweise gegen als minderwertig definierte Gruppen und Klassen aufladen.<

Peter Bierl ist freier Journalist, Mitglied der Gewerkschaft Verdi und lebt mit seiner Familie in der Nähe von München. Zuletzt sind von ihm erschienen „Einmal-eins der Kapitalismuskritik“ (Unrast-Verlag 2018) und „Grüne Braune: Umwelt-, Tier- und Heimatschutz von rechts“ (Unrast-Verlag 2014)